

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|---|--|
| 18. Abschluss von Darlehens(Kredit)verträgen durch Gemeinden und Gemeindeverbände | 21. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2015
<i>Verbraucherpreisindex für März 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 19. Aktuelles | |
| 20. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2015 | |

18.

Abschluss von Darlehens(Kredit)verträgen durch Gemeinden und Gemeindeverbände

Ein Darlehens(Kredit)vertrag ist ein zweiseitiges Rechtsgeschäft, bei welchem die beiden Vertragsparteien inhaltliche Bestandteile über die zugrunde liegende Finanzierung näher regeln, die dann bis zum Ablauf oder der Kündigung des Vertrags gelten. Es wird somit eine Verpflichtung eingegangen, deren Gültigkeit sich unter Umständen über mehrere Jahrzehnte erstreckt. Die Vertragserstellung erfolgt dabei von der jeweiligen Bank und wird der Gemeinde als Vertragspartei zur Unterfertigung vorgelegt. Es ist jedoch nicht automatisch davon auszugehen, dass alle vorformulierten Vertragsbestandteile und Klauseln in den Verträgen auch aus Sicht der jeweiligen Gemeinde unbedenklich sind. Daher ist es wichtig, dass durch die Finanzverwaltung im Vorfeld, also vor Unterfertigung der Darlehensurkunde und vor dem Ansuchen um aufsichtsbehördliche Genehmigung, sämtliche Bestimmungen, die im Darlehensvertrag enthalten sind, im Hinblick auf eine nachteilige Wirkung für die jeweilige Gemeinde hinterfragt werden. Gibt es Unstimmigkeiten über die Bedeutung von Bestimmungen, ist eine Abklärung mit der jeweiligen Bank oder im Zweifelsfall, insbesondere dann, wenn die Tragweite und die nachteilige Wirkung für die jeweilige Gemeinde nicht abgeschätzt werden kann, mit der Gemeindeaufsichtsbehörde notwendig bzw. empfehlenswert.

Wenn es Bedingungen im Darlehens(Kredit)vertrag gibt, die aufgrund der nachteiligen Wirkung für die Gemeinde nicht akzeptiert werden können, ist umge-

hend bei der jeweiligen Bank, und zwar noch vor der Beschlussfassung im Gemeinderat und der Vorlage zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung, auf eine Vertragsänderung hinzuwirken.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung ist im Zusammenhang mit der Aufnahme von Krediten nach § 123 Abs. 2 TGO nur dann zu versagen, wenn durch den Beschluss ein Gesetz oder eine Verordnung verletzt wird oder eine unverhältnismäßig hohe Belastung der Gemeinde oder ein unverhältnismäßig hohes finanzielles Wagnis für die Gemeinde zu erwarten ist. Bei der Beurteilung wird insbesondere auf die Größe der Gemeinde, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit sowie Art und Umfang der von ihr zu besorgenden Pflichtaufgaben Rücksicht genommen. Es ist somit Aufgabe der jeweiligen Gemeinde, Verträge auf nachteilige Bestandteile hin zu überprüfen und es wird der Gemeinderat durch die aufsichtsbehördliche Genehmigung nicht von seiner Verantwortung in Bezug auf nachteilige Folgen für die Gemeinde entbunden. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass es sich empfiehlt, dass sich der Gemeinderat nicht nur global mit der Darlehens(Kredit)vergabe, sondern auch mit den Einzelheiten im Darlehens(Kredit)vertrag auseinandersetzt. Jedenfalls muss gewährleistet sein, dass der gesamte Inhalt des Darlehens(Kredit)vertrages samt den näheren Bedingungen dem Gemeinderat bekannt ist. Bei der Beurteilung, welches Finanzierungsangebot als günstiger bzw. besser einzustufen ist, ist eine Betrachtung des nominellen

Jahreszinssatzes alleine nicht ausreichend. Es sollten auch der Effektivzinssatz sowie die Gesamtbelastung, das ist die Summe jener Zahlungen, die verteilt über die gesamte Laufzeit an den Kreditgeber zurückfließen (Tilgung, Zinszahlungen, Gebühren, etc.), mitberücksichtigt werden.

Für die Aufnahme und Bewirtschaftung von Verbindlichkeiten (Fremdfinanzierungen) wie die Aufnahme von Darlehen bzw. Krediten gilt das mit 1. Jänner 2014 in Kraft getretene **Gesetz über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol**, LGBl. Nr. 157/2013.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen haben die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mehrere Angebote einzuholen, die als Grundlage für die Empfehlung nach dem Vier-Augen-Prinzip gemäß § 9 leg. cit. dienen. Zur Verwaltungsvereinfachung wurde im Oktober 2014 von der Abteilung Gemeinden an alle Gemeinden und Gemeindeverbände in Tirol ein Finanzierungsausschreibungsformular ausgesandt, das den Standardfall einer kommunalen Finanzierung abbilden soll. Das Formular steht im Portal Tirol in der Wissensdatenbank (WIKI) – Gemeindeanwendung Land Tirol – Erlässe – Arbeitsbehelfe zur Verfügung. Die erläuternden Bemerkungen zum Formular geben Hinweise über die Vorgehensweise bei Finanzierungsausschreibungen.

Nachfolgend werden einzelne, gelegentlich in Darlehens(Kredit)verträgen enthaltene und für die Gemeinden nachteilige Vertragsklauseln angeführt, deren Aufzählung jedoch keinesfalls abschließend ist und deren Formulierungen als beispielhaft anzusehen sind (frühere Informationen dazu siehe im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Dezember 1995 und März 2011):

- Während der Dauer des Vertragsverhältnisses wird die Gemeinde ihren gesamten bankgeschäftlichen Verkehr über den Kreditgeber abwickeln. Kredite oder Darlehen sowie Leasing- und Factoringverträge von anderen Finanzinstituten oder von privater Seite dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Darlehens(Kredit)gebers in Anspruch genommen werden. Dieser wird zustimmen, wenn nach seiner Einschätzung dadurch die Einbringlichkeit dieses Kredites nicht gefährdet erscheint.

- Dem Darlehens(Kredit)geber wird das Recht eingeräumt, die Gemeinde auf ihre Kosten einer kaufmännischen und betrieblichen Kontrolle zu unterziehen. Ein auf Kosten des Darlehens(Kredit)nehmers bestellter Wirtschaftsprüfer hat Einsicht in Geschäfts- und Buchungsunterlagen der Gemeinde.

- Bei einer Veränderung der Bonität des Kreditnehmers oder Eintritt sonstiger Ereignisse, die nach Einschätzung der Bank zu einer Veränderung des Kreditrisikos führen, ist die Bank zu einer risikokonformen Erhöhung bzw. Senkung des Aufschlages berechtigt. Auch bei Verletzung der Offenlegungsverpflichtungen ist die Bank zur Erhöhung des Aufschlages berechtigt.

- Alle beim Darlehens(Kredit)geber für die Gemeinde eingehenden Beträge kann dieser zur Kompensation von offenen Verbindlichkeiten verwenden.

- Der Darlehens(Kredit)geber kann den aushaftenden Darlehens(Kredit)betrag jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Gewährung einer Kündigungsfrist fällig stellen.

- Bestimmungen, denzufolge der Aufschlag auf den Zinsindikator (z. B. 3M-EURIBOR) vom Finanzinstitut jederzeit ohne objektiv nachvollziehbare Gründe erhöht werden kann.

Bsp.: Der Darlehens(Kredit)geber ist berechtigt, nach Ablauf von zwei Monaten ab Vertragsschließung bzw. aufsichtsbehördlicher Genehmigung den vereinbarten Jahreszinsfuß zu ändern.

- Die Einhebung einer Gebühr (Pönale) für den Fall, dass die Gemeinde ein variabel verzinstes Darlehen vorzeitig zurückbezahlt.

Es sollte auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass bei variabel verzinsten Darlehen vorzeitige Tilgungen sowie eine Kündigung des Darlehens zu den Abschlussterminen zu Gunsten des Darlehensnehmers kostenlos und spesenfrei möglich sind. Dadurch kann auf den Eintritt erheblich nachteiliger Vertragsbestandteile durch einen Ausstieg oder durch eine Umschuldung auf ein anderes Bankinstitut angemessen und kostenneutral reagiert werden.

Sicherheiten:

Es wird davon ausgegangen, dass Gemeinden als Gebietskörperschaften und somit aufgrund ihrer Einstufung als öffentliche Schuldner Fremdfinanzierungsverpflichtungen derzeit weitgehend ohne Beistellung von Sicherheiten aufnehmen können. Eine Verpfändung von Liegenschaften, die für die geordnete Gemeindeverwaltung unentbehrlich sind, ist gem. § 87 TGO unzulässig. Ebenso unzulässig ist nach § 16 Abs. 2 F-VG 1948 die Verpfändung oder Abtretung von Abgabenrechten, Abgabenertragsanteilen und vermögensrechtlichen Ansprüchen, die den Gemeinden aufgrund des Finanzausgleiches gegen den Bund oder anderen Gebietskörperschaften zustehen.

§ 10 Abs. 3 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012 – GHV verbietet die Verwendung von Wechseln als Zahlungsmittel.

Im Zusammenhang mit der Bestellung von Sicherheiten sind somit aus Sicht der Abt. Gemeinden folgende Klauseln als nicht akzeptabel einzustufen:

- Die Gemeinde verpflichtet sich, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Darlehens(Kredit)gebers keine wesentlichen Veränderungen an ihren Vermögenswerten durch Verpfändung, Verkauf, Schenkung, Übergabe, Verpachtung usw. vorzunehmen und weder eine Bürgschaft noch sonstige Haftungen zu übernehmen.

- Der Kreditgeber ist jederzeit berechtigt, den Wechsel in allen Teilen nach Belieben auszustellen, die den gesamten Forderungen aller Art des Kreditgebers gegenüber dem Kreditnehmer im Zeitpunkt der Ausstellung entsprechende Wechselsumme einzusetzen und mit dem Wechsel nach Wechselrecht vorzugehen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, die Verträge einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dabei sollten auch die ursprünglichen Ausschreibungsbedingungen mit dem Finanzierungsoffert und der Darlehensurkunde abgeglichen werden.

19. Aktuelles

Mit der Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung des Bauschbetrages für den Kostenersatz an die Gemeinden (Staatsbürgerschaftsverbände) für die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz im Jahr 2014, LGBl. Nr. 47/2015, wurde der Bauschbetrag für den vom Land nach § 48 Abs. 1 zweiter Satz des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985 an die Gemeinden (Staatsbürgerschaftsver-

bände) zu leistenden Ersatz der Kosten, die den Gemeinden aus der Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz (§ 49 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985) erwachsen, für das Jahr 2014 mit 19,34 Euro für jedes begonnene Hundert der am 31. Dezember 2014 in der Staatsbürgerschaftsevidenz verzeichneten Personen festgesetzt.

20.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2015

Ertragsanteile an	Mai		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-3.020.794	-3.073.654	-52.859	1,75
Lohnsteuer	18.368.289	19.181.718	813.428	4,43
Kapitalertragsteuer	986.695	4.080.182	3.093.486	313,52
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	669.181	718.579	49.398	7,38
Körperschaftsteuer	-49.686	-405.543	-355.858	716,22
Abgeltungssteuern Schweiz	37.197	-464	-37.661	-101,25
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	-563	-563	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.274	1.745	-1.528	-46,68
Stiftungseingangssteuer	289	2.938	2.649	915,28
Bodenwertabgabe	7.325	-6.004	-13.329	-181,96
Stabilitätsabgabe	-56.038	-35.340	20.697	36,93
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	16.945.733	20.463.593	3.517.860	20,76
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	18.476.856	18.210.423	-266.432	-1,44
Abgabe von alkoholischen Getränken	8	68	60	771,46
Tabaksteuer	1.581.779	1.492.871	-88.908	-5,62
Biersteuer	227.736	208.549	-19.187	-8,42
Mineralölsteuer	3.948.139	4.147.991	199.852	5,06
Alkoholsteuer	166.312	66.060	-100.251	-60,28
Schaumweinsteuer	1.051	23.898	22.847	2173,15
Kapitalverkehrssteuern	243.871	34.634	-209.237	-85,80
Werbeabgabe	262.203	424.586	162.383	61,93
Energieabgabe	430.895	-69.323	-500.218	-116,09
Normverbrauchsabgabe	329.513	275.929	-53.584	-16,26
Flugabgabe	73.869	71.577	-2.292	-3,10
Grunderwerbsteuer	8.106.290	8.870.531	764.241	9,43
Versicherungssteuer	1.637.650	1.725.613	87.963	5,37
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.557.271	3.015.536	458.266	17,92
KFZ-Steuer	20.724	-5.761	-26.484	-127,80
Konzessionsabgabe	148.956	154.472	5.516	3,70
rechnungsmäßig Ertragsanteile	38.213.122	38.647.656	434.534	1,14
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	37.334.039	37.768.573	434.534	1,16
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	54.279.772	58.232.166	3.952.395	7,28
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.230.775	5.225.243	-5.532	-0,11
Werbesteuerausgleich	42.043	67.970	25.927	61,67
Werbeabgabe nach der Volkszahl	220.160	356.616	136.456	61,98
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

21.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2015

Ertragsanteile an	Jänner - Mai		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	14.204.254	14.319.237	114.983	0,81
Lohnsteuer	101.693.275	106.413.415	4.720.140	4,64
Kapitalertragsteuer	4.842.698	8.074.512	3.231.814	66,74
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.992.865	3.165.163	172.297	5,76
Körperschaftsteuer	26.532.381	27.776.281	1.243.900	4,69
Abgeltungssteuern Schweiz	420.390	185	-420.205	-99,96
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	5.934	5.934	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	88.594	19.242	-69.351	-78,28
Stiftungseingangssteuer	32.507	536.481	503.973	1550,34
Bodenwertabgabe	257.236	273.934	16.698	6,49
Stabilitätsabgabe	1.616.312	1.248.540	-367.772	-22,75
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	152.680.513	161.832.924	9.152.411	5,99
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	102.360.057	104.190.431	1.830.374	1,79
Abgabe von alkoholischen Getränken	117	183	66	56,25
Tabaksteuer	6.895.889	6.757.552	-138.337	-2,01
Biersteuer	716.450	700.540	-15.909	-2,22
Mineralölsteuer	15.878.189	16.010.081	131.892	0,83
Alkoholsteuer	711.080	437.554	-273.526	-38,47
Schaumweinsteuer	4.528	79.663	75.135	1659,31
Kapitalverkehrssteuern	490.097	265.267	-224.831	-45,87
Werbeabgabe	1.709.527	1.864.854	155.327	9,09
Energieabgabe	3.796.934	2.965.275	-831.659	-21,90
Normverbrauchsabgabe	1.672.291	1.427.032	-245.259	-14,67
Flugabgabe	373.483	393.726	20.243	5,42
Grunderwerbsteuer	37.095.191	39.114.754	2.019.563	5,44
Versicherungssteuer	4.733.570	4.948.635	215.065	4,54
Motorbezogene Versicherungssteuer	6.350.093	7.419.957	1.069.864	16,85
KFZ-Steuer	199.159	172.017	-27.143	-13,63
Konzessionsabgabe	978.815	1.111.678	132.864	13,57
rechnungsmäßig Ertragsanteile	183.965.470	187.859.200	3.893.731	2,12
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	4.395.417	4.395.417	0	0,00
Summe sonstige Steuern	179.570.053	183.463.784	3.893.731	2,17
Kunstförderungsbeitrag	41.709	42.064	355	0,85
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	332.292.275	345.338.772	13.046.497	3,93
Zwischenabrechnung	1.148.232	-1.970.055	-3.118.287	-271,57
Ertragsanteile gesamt	333.440.507	343.368.717	9.928.210	2,98
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	27.570.226	28.107.284	537.058	1,95
Getränkesteuerausgleich ZWA	118.400	546.530	428.130	361,60
Summe Getränkesteuerausgleich	27.688.626	28.653.814	965.188	3,49
Werbesteuerenausgleich	274.114	298.537	24.423	8,91
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.435.413	1.566.317	130.904	9,12
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.254.175	1.254.175	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2015 (endgültig)	März 2015 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	109,4	110,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	119,8	121,2
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	132,5	134,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	139,4	141,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	182,3	184,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	283,3	286,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	497,2	503,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	633,5	641,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	635,6	643,2

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat März 2015 beträgt 110,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Februar 2015 um 1,2% gestiegen (Februar 2015 gegenüber Jänner 2015: + 0,3%). Gegenüber März 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (Februar 2015/2014: +0,8%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck